

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher: Amt Lüchow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Sonnenwende

Ja, wir glauben an dich, wenn uns eifriger Sturm auch umbraut,
Wenn der Winter die Seelen umklammert mit kalter Faust,
Wenn von blattlosen Zweigen trübduftiger Nebel tropft
Und an die Scheiben wildrauschende Schneeflut klopft.

Glauben an dich, wenn die Wolken hängen in tiefer Last
Und unser Tag in fröstelnder Dämm'ung verblaßt;
Wenn versunken der prangenden Erde goldleuchtende Pracht
Und unfre Stunden entwandeln in licht- und sternarme Nacht.

Ob mit gefurchter Stirn auch Frau Sorge grübelt und sinnt
Und unfern Herd mit quälendem Bangen umspinnt,
Ob um die Hütten schleicht lauernd die blutige Not
Und aus der ferne uns drohend umgiffert der Tod —

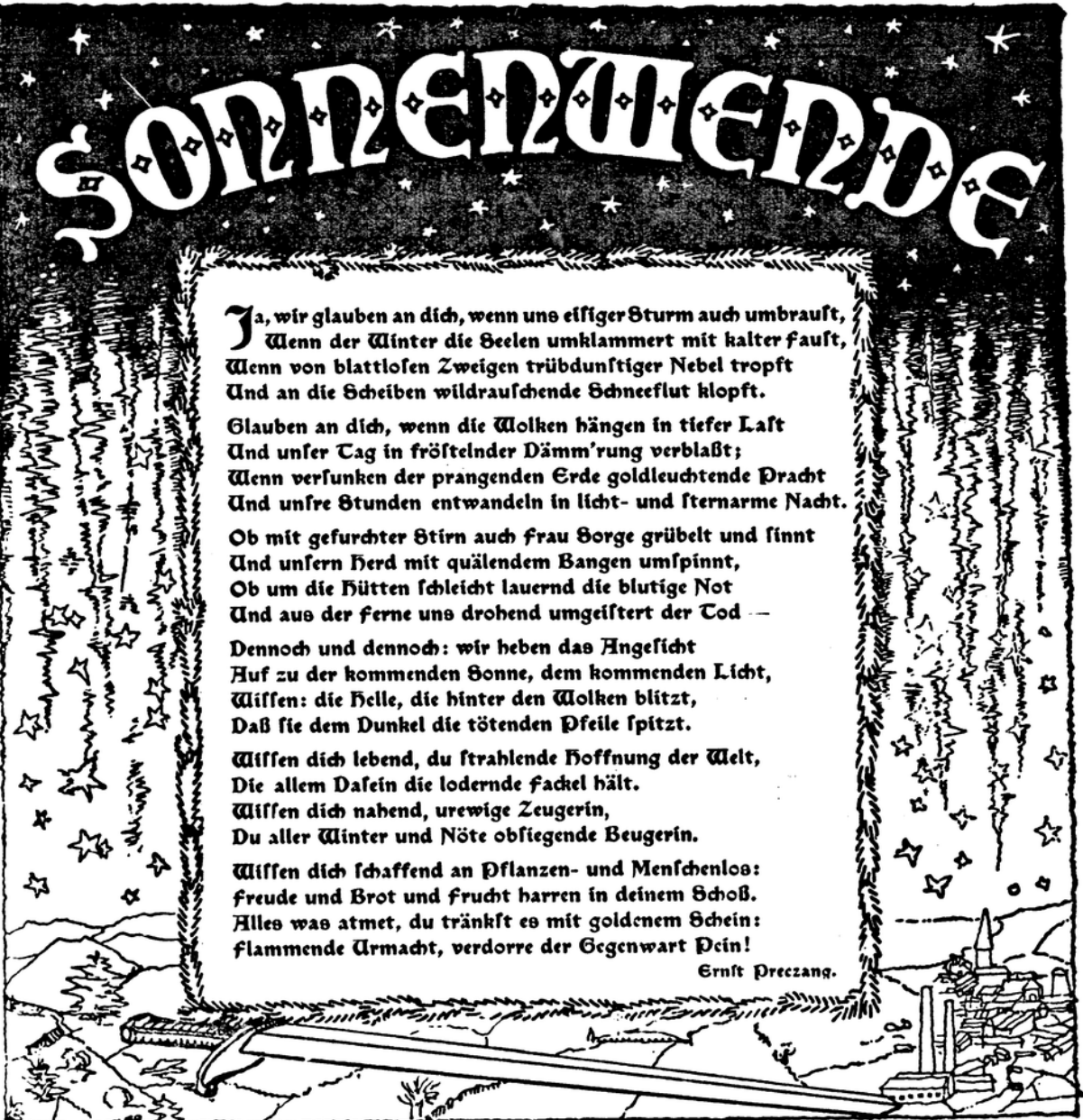
Dennoch und dennoch: wir heben das Angesicht
Auf zu der kommenden Sonne, dem kommenden Licht,
Wissen: die Helle, die hinter den Wolken blitzt,
Daß sie dem Dunkel die tötenden Pfeile spitzt.

Wissen dich lebend, du strahlende Hoffnung der Welt,
Die allem Dasein die lodernde fackel hält.

Wissen dich nahend, urewige Zeugerin,
Du aller Winter und Nöte obliegende Beugerin.

Wissen dich schaffend an Pflanzen- und Menschenlos:
Freude und Brot und Frucht harren in deinem Schoß.
Alles was atmet, du tränkst es mit goldenem Schein:
Flammende Armacht, verdorre der Gegenwart Pein!

Ernst Preczang.



Die dritte Kriegsweihnacht!

Ein Hoffnungsstern ist in diesen Tagen heraufgestiegen, der den Weg zum Frieden weist. Fast schien es, als solle der dahinnende Blutstrom in Europa unaufhaltsam weiter fließen. Nun heißen ihm Deutschland und die Verbündeten Einhalt. Ob freilich die gegnerische Seite zu einem ehrenvollen Frieden für beide Teile bereit ist, erscheint zurzeit sehr zweifelhaft. Nie zuvor ist es eindringlicher in die Erscheinung getreten: Zum Friedensschluß gehören beide Parteien!

Leider läßt sich in den Reihen der Gegner wenig darauf deuten, daß der große Weihnachtsfrieden bereits der europäischen Welt beschieden sei.

Alle Hoffnung aufzugeben wäre zu furchtbar. So klammert sich die weihnachtlich gestimmte Menschenseele an die Rückkehr der Vernunft auch bei den Ententeregierungen.

Daß die Völker — alle Völker! — den Frieden wollen, daß die Millionen, die im Felde stehen, ihn heiß herbeisehnen, wer wollte das bestreiten? Aber es gehört für die in militärisch ungünstiger Lage Befindlichen ein größerer Mut dazu, für den Frieden einzutreten als für den „Vernichtungskrieg“.

Deutschland hat die Hand zum Frieden geboten. Ohne Vorbedingungen, ohne Angabe der Friedens- oder Kriegsziele. Und das war gut so, denn die Regierung hätte die denkbar größte Ungeschicklichkeit bewiesen, wäre irgendeine Forderung mit dem Friedensvorschlag verknüpft worden. Das hätte zur billigen Ablehnung geführt von Seiten der Entente.

Nun aber ist's den Regierenden in England und Frankreich schwer gemacht, im vornherein jegliche Friedensverhandlungen abzulehnen. Rußland hat zwar bereits die Stirn gehabt, durch den Mund seines Ministers wie der Duma strikte abzulehnen.

Aber diese Ablehnung wird — so glauben wir — weder im russischen Volke, noch unter den russischen Soldaten Verständnis finden.

Und auch die Franzosen, Engländer, Italiener werden nicht so willig und geduldig das Kriegsjoch weiter auf sich nehmen. Denn alle Einseitigkeit der gegnerischen Presse-darstellung kann die Tatsache nicht hinwegleugnen, daß es der Wille der Zentralmächte ist, dem europäischen Blutvergießen ein Ende zu machen.

So ist der Weihnachtsmeteor, dessen Bahn in allen Schützengräben, in den Etappen und Kasernen, in den Werkstätten und Fabriken mit bangem Hoffen und starken Wünschen begleitet wird, das Wahrzeichen der dritten Kriegsweihnacht!

Wir gedenken unserer 28 000 Kollegen, die im Felde stehen. Wohl kann die rechte Weihnachtsfreude nicht aufkommen. Es ist ein graues Blutmeer, das jeder Kriegstag aufweist!

Aber wir dürfen in diesen Tagen, da das Licht unserer Erde — die liebe Sonne — am tiefsten steht, die starke Hoffnung unserer Altvorderen teilen: Es muß doch Frühling werden!

Sawohl! Völkerfrühling. Mancher mag in den 29 Kriegsmontaten so viel Leid und Erbitterung in sich aufgenommen haben, daß ihm kein Hoffnungsstern mehr winkt. Mancher hat durch die abstumpfende Gewohnheit sich in Gleichgültigkeit gehüllt. Dennoch naht nach den Winterschrednissen und Stürmen einmal der Frühling. Und es soll uns in den Weih-

nachtsfeiertagen niemand den Glauben an die Aufwärtsentwicklung der Menschheit rauben.

Mag es schwer sein, in dem Dunkel dieser Weltkriegstage dem Lichtgedanken der Zukunft einen Platz zu gönnen, es hilft uns noch weniger, wenn wir verzweifeln und unser Menschheitschicksal tatenlos in den Händen derer belassen wollten, die mitschuldig am Weltkrieg sind!

Und das ist bis zum gewissen Grade jeder unorganisierte Arbeiter.

Die organisierte Arbeiterschaft hat seit Jahrzehnten verkündet: „Krieg dem Kriege!“ Daß sie noch nicht stark genug war, um in allen europäischen Ländern dem Menschenmorden Einhalt zu tun, ist wahr. Aber der Weltkrieg selbst muß nun unsere Aufklärungsarbeit wider den Krieg unterstützen.

Schon wird auch in den neutralen Ländern der Menschheitsgedanke zum Frieden reger in Angriff genommen. Schon mehren sich die Anzeichen dafür, daß Deutschlands Friedensangebot stärkere Bestrebungen bei ihnen auslösen muß, um den Frieden vermitteln zu helfen.

So erwächst allen unseren Kollegen und Kolleginnen in diesen Tagen und Wochen die Aufgabe: Macht das Heer derjenigen, die den Frieden auch für die Zukunft suchen wollen, stärker! Sorgt für Ausbreitung und Stärkung der Arbeiterorganisationen! Mögen jetzt noch die Meinungen auseinandergehen über den Weg, der hätte eingeschlagen werden können in der Vergangenheit. Für die Zukunft kann es nur eine gradlinige Richtschnur geben, die uns in dieser dritten Kriegsweihnacht wieder voll zum Bewußtsein kommen muß:

Rege Aufklärungs- und Organisationsarbeit an allen Orten und in allen Ländern!

Der Schatzgräber.

Unsere Schaufeln und Spaten scharren durch Tag und Nacht, unsere rüftigen Hände bohren Stollen und Schacht.

Denn wir suchen die Mutter, die Krippe und das Kind, die von einer schweren Granate verchüttet sind.

Ja! wir wollen das himmlische Kind des Friedens haben, müßten wir selbst bis an's zuckende Herz der Erde graben...

Unsere Schaufeln und Spaten scharren weiter vor Tau und Tag. Wir kennen die Sonne nicht mehr, wissen von keinem Stundenschlag.

Manchmal wischen wir Blut und Schweiß uns vom Gesicht, starren und stöhnen aus unierer Tiefe auf zum erlösten Licht.

Einmal aber zu einer geweihten Stunde heben wir Mutter, Kind und Krippe hervor aus dem Grund.

Tragen das selige Kind auf unsern Schultern heraus, stellen Mutter und Krippe und Kind in unser beltes Haus.

Ach, dann wollen wir alle, wir armen, müden Soldaten, unser Geschütz und Gewehr vom eifernden Tod entladen.

Wollen den Krieg begraben mit allem Haß und Streit, doch dann legen wir unser Schanzzeug still beileit'.

Auf die Knie wollen wir uns niederlassen, wollen uns alle brüderlich an den Händen fallen.

Und den Blick zu unserm einzigen Himmel erheben, wollen wir wieder fröhlich das heilige Leben loben.

Karl Bröger.



Die deutschen Gewerkschaften zum Vaterländischen Hilfsdienstgesetz.

Von der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Durchführung des Gesetzes über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ wird es wesentlich abhängen, daß die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter die notwendige Berücksichtigung erfahren. Da das Gesetz in Arbeiterkreisen vielfach Unzufriedenheit erregt hat, die aber auch zum nicht geringen Teil in der Unkenntnis des Gesetzes selbst begründet liegt, so erwuchs den Gewerkschaften die Pflicht, zunächst wenigstens ihre Funktionäre über die Auslegung und Durchführung des Gesetzes zu informieren. Dem Zwecke der Information diente insbesondere eine Konferenz, die am 12. Dezember in Berlin tagte und die von Vertretern der freien, der christlichen, der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften, der polnischen Berufsvereinnung und verschiedener Angestelltenverbände besucht war. Hier wurden die Funktionäre der Gewerkschaften mit dem Gesetz näher vertraut gemacht. Sie übernahmen dabei zu gleicher Zeit die Aufgabe, die genaue Kenntnis des Gesetzes und seine Auslegung in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiter zu verbreiten.

Das Gesetz beschränkt unzweifelhaft die Freiheit des Arbeiters. Es sind aber auch in ihm Bestimmungen enthalten, wonach diese Beschränkung durch die Vertreter der Organisationen nicht allein sehr gemildert werden, sondern es ist in ihm einiges neues Recht enthalten, das die Arbeiter bei geschickter Handhabung für sich in Anspruch nehmen können. Nicht allein die Schattenseiten des Gesetzes, sondern auch die in ihm liegenden Vorteile klar zu legen, war die Aufgabe eines Referats, das der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, G. Bauer, hielt. Auch er gab der Ansicht Ausdruck, daß das Gesetz ein Zwangs Gesetz für die Arbeiter sei. Dieser Zwang sei aber durch die Kriegsnotlage bedingt, er sei eine notwendige Kriegsmaßnahme, wobei auch nicht zu verkennen sei, daß auch die Unternehmer unter diesem Zwang zu leiden haben und zwar insofern, als viele gezwungen werden, ihre Betriebe gänzlich zu schließen. Bauer hob dann insbesondere hervor, daß es dem Arbeiter auch unter dem neuen Gesetz möglich ist, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Arbeiter kann die Arbeitsstelle wechseln, wenn ihm höherer Lohn geboten wird. Wenn durch das Gesetz verboten ist, daß bei „angemessenem“ Lohn die Arbeitsstelle gewechselt wird, so ist damit ausgedrückt, daß nicht wegen minimaler Lohnminderungen die Wiederlegen der Arbeit zulässig sein soll. Im Streitfall hierüber, was angemessener Lohn ist, entscheidet ein Ausschuß, der für jeden Bezirk in den stellvertretenden Generalkommandos errichtet wird und zu dem auch die Arbeiter Vertreter entsenden, wie denn überhaupt mit der Einführung der Beschwerdemitteln die Gewähr geschaffen ist, daß der Arbeiter nicht der Willkür des Unternehmers ausgeliefert ist. Die Forderung, daß die Freizügigkeit der Arbeiter durch das Gesetz völlig aufgehoben wird, ist nicht zutreffend. Die Freizügigkeit ist jetzt schon in einigen Bezirken sehr beschränkt, so in Sadien und in Pommern. Auch in einigen Munitionsfabriken ist der Arbeitschein bereits eingeführt; dem Arbeiter, der unberechtigterweise die Arbeit einstellt, wird dieser Arbeitschein verweigert. In der Berliner Metallindustrie ist seit längerer Zeit schon ein Kriegsausbruch eingeleitet, der paritätisch aus Unternehmern und Arbeitern besteht und der Beschwerden wegen Vorenthaltung des Arbeitscheins prüft und darüber entscheidet. Diese Einrichtung ist ohne Zuhilfenahme der Behörden zwischen den Parteien frei geschaffen.

Sehr wichtig ist ferner, daß das Gesetz nunmehr mit der Zwangsnotlage der rekrutierten Arbeiter aufhört. Der Unternehmer kann den Rekrutierten, wenn er mit der Entlohnung nicht zufrieden ist, nicht mehr mit dem Schweben drohen, um ihn so zu zwingen, für niedrigen Lohn zu arbeiten. Diese Einschüchterung hört auf. Auch der Rekrutierte kann die Entscheidung der Schlichtungskommission zur Ausheilung eines Arbeitscheins anrufen. Selbst der Streik ist unter dem neuen Gesetz nicht durchaus aufgehoben. Weigert sich der Unternehmer, angemessene Löhne zu zahlen, so können die Arbeiter die Entscheidung der paritätisch zusammengesetzten Schlichtungskommission anrufen. Entscheidet diese zugunsten der Arbeiter, so können sie die Arbeit einstellen. Der Unternehmer wird sich in solchen Fällen bei dem jetzt bestehenden Mangel an männlichen Arbeitskräften schwer hüten, es dazu kommen zu lassen. Von Bedeutung ist ferner, daß gewerbliche Arbeiter, die in der Landwirtschaft Beschäftigung finden, nicht der Gefindeordnung unterstehen. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß das Weichen der Gefindeordnung auch für die ländlichen Arbeiter ein unwürdiger Rechtszustand ist, und wesentlich ist, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern,

an dem diese unzeitgemäßen Gefindeordnungen überhaupt verschwinden. Weiter ist den Arbeitern, die dem Hilfsdienstgesetz unterstehen, aber auch das Vereins- und Versammlungsrecht gewährleistet. In einzelnen Generalkommandos war durch besondere Maßnahmen die Koalitionsfreiheit aufgehoben. In Zukunft steht zu erwarten, daß, wo solche Verordnungen bestehen, diese aufgehoben und neue nicht mehr erlassen werden.

Bei der Durchführung des Gesetzes wird es also, um die Interessen der Arbeiter zu wahren, wesentlich davon abhängen, wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Vertretung zu den Schlichtungsinstanzen bestimmen. Den Gewerkschaften steht das Recht zu, für diese Schlichtungsinstanzen ihre Vertreter vorzuschlagen, die vom Kriegsarbeitersamt bestätigt werden. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Vorschläge auch vom Kriegsamt bestätigt werden. Eine Gewähr dafür, daß auch in der obersten Instanz die Rechte der Arbeiter gewahrt werden, bietet die Berufung des Zentralvorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, A. Schliche, als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsarbeitersamt.

So konnte Bauer mit Recht sagen, daß die Arbeiter mit den besten Absichten an das Gesetz herantreten. Wenn er auf dieser Konferenz; auch zugleich die große Friedensliebe der Arbeiter bekundete, andererseits aber auch betonte, daß auch die deutschen Arbeiter bereit wären, jede Muskel und jeden Nerv anzuspannen, um die Niederzwingung Deutschlands zu verhüten, daß ferner zu dieser Aufgabe aber auch eine vernünftige Ernährungs- und Arbeitspolitik der Regierung gehöre, so sprach er den Versammelten aus dem Herzen.

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Behrens, erläuterte die organisatorischen Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes. In den für den Bezirk eines jeden Generalkommandos bestimmten Schlichtungskommissionen soll ein Vertrauensmann von jeder Gewerkschaft eingesetzt werden. In diesen Bezirken sollen Konferenzen abgehalten werden, in denen die Vertreter aller Gewerkschaftsorganisationen über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten schlüssig werden. Die Wahl und Besetzung der Arbeiterschlichter liegt insbesondere den Arbeitern der einzelnen Betriebe ob, die dafür Sorge tragen müssen, daß Vertreter ihrer Meinungen und ihrer Interessen mit diesem Amt betraut werden.

Hartmann von den Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften und Hümer von der polnischen Berufsvereinnung sprachen sich ebenfalls für die Mitwirkung ihrer Gewerkschaftsmitglieder bei der Durchführung des Gesetzes aus.

Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Arbeiterrecht Aufhäuser betont, daß auch die deutschen Angestellten ohne Unterschied sich auf den Boden des Gesetzes gestellt haben. Wenn es notwendig ist, unseren Soldaten draußen die Lage zu erleichtern, so dürften uns keine Opfer zu groß sein. Er dankt den Gewerkschaften, daß diese es ermöglicht haben, den Angestellten ein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen zu sichern. Dr. Küster von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände hofft von der Solidarität, die sich auf diesem Kongresse gezeigt habe, auch für den Frieden günstige Ergebnisse. Dr. Bölle, Vertreter der technischen Verbände, betont, daß in den besonderen Wünschen der Angestellten sich nicht ein Standesdünkel geltend mache; sie seien vielmehr nur ein Ausfluß der besonderen Verhältnisse der Angestellten. -- Das Bureau schlägt dann dem Kongress folgende Entschließung vor:

„Die am 12. Dezember 1916 in den Germania-Sälen zu Berlin versammelten Vertreter von rund 4 Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen.“

Die durch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Vernichtungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben. Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammelten weitgehendste Förderung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Sicherung des Koalitionsrechts. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelmangels und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.“

Die Bekanntgabe des Ergebnisses der Reichstagsagung über Deutschlands Friedensangebot löste lebhaften Beifall aus.

In der Diskussion sprach nach Gleichauf von dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein alsdann besonders wirkungsvoll Bruch, der Vorsitzende des Verbandes der Fabrikarbeiter. Ihnen schlossen sich noch an: Schumacher von den Hirsch-Dunderschen, Döring vom Transportarbeiterverband, Hübsch vom Textilarbeiterverband (freie Gewerkschaften), Hue vom Bergarbeiterverband, Paepow vom Bauarbeiterverband (freie Gewerkschaften), Vogelgang vom christlichen Bergarbeiterverband, Wieber vom christlichen Metallarbeiterverband, Zimmer vom Hirsch-Dunderschen Bäckerverband, Schmidt vom Landarbeiterverband (freie Gewerkschaften), Wiedebert vom christlichen Bauarbeiterverband, Richter vom Lederarbeiterverband und Döblin vom Buchdruckerverband. — Die Diskussionsredner brachten die Wünsche ihrer speziellen Berufsangehörigen vor.

Die vom Bureau eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme.

Nach Schluß der Diskussion ergriff der neu in das Kriegssamt berufene Vertreter der Arbeiter, Alexander Schlieke, das Wort. Es sei ihm schwer geworden, der Vermutung zu folgen. Er habe sich nicht darüber im Zweifel befunden, daß er des Vertrauens aller Arbeiter für dieses verantwortungsvolle Amt bedürfe. Das Ergebnis der Tagung habe ihm indessen gezeigt, daß er mit Recht die auf ihn gefallene Wahl angenommen habe. Er werde sich bemühen, das im Kriegssamt zu sein, was er dort sein soll: der Vertrauensmann der deutschen Arbeiter.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Ziegerwald, der Hinweis auf die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Tages, einmal im Hinblick auf das Friedensangebot Deutschlands und zum anderen auch auf die Tagung selbst, die eine Einmütigkeit in allen Schichten der Arbeiter gezeigt habe, die man vor dem Kriege kaum für möglich gehalten habe, und nach einem Hoch auf das Vaterland und die an der Front kämpfenden Soldaten wurde der Sitzung geschlossen.

Der Konferenz wohnten auf Einladung Vertreter der Staatsbehörden bei, und zwar als Vertreter des Reichstanzlers Staatssekretär Helfferich, außerdem der Chef des Kriegsammtes, General Gröner, Unterstaatssekretär Richter, der Direktor des Reichsamtes des Innern, Erzelenz Caspar und andere. Nach einer Einleitungsrede des Vorsitzenden legten Staatssekretär Helfferich, nach ihm General Gröner eine Ansprache an die Konferenzmitglieder. Soffen wir, daß die Befundung Helfferichs, daß nicht der Zwang, sondern nur die Arbeit der Pflichterfüllung das Höchste leiten und der großen Zeit Genüge tun kann, in Erfüllung gehen möge.

Wenn bei der Durchführung des Gesetzes jetzt alle Gewerkschaftsrichtungen und auch die anderen Bevölkerungsklassen mitwirken, so ist damit voraus nicht gesagt, daß, was auch Staatssekretär Helfferich als Utopie bezeichnete, wirtschaftliche Interessenkämpfe künftig aufhören könnten oder sollten.

Nächstenliebe und Völkerverhaß.

Nun drückt also der Krieg dem heiligen „Feste der Liebe“ schon zum dritten Male seinen blutigen Stempel auf, und noch immer irt die große Friedenssehnsucht der Völker ins Leere. Die Welt erscheint wie von wildem, brennendem Fieber gepackt, dessen Kurven endlos auf- und niederschwanen, heute bis zum Erlöschen zu sinken scheinen, morgen aufs neue in die Höhe zu schnellen. „Eine Steigerung ist nicht mehr möglich,“ so liest man jetzt. Dann aber erfährt man, daß die Wut der Schlachten von neuem an Heftigkeit zunimmt: — „Jeder gibt sein letztes her.“ Es ist, als sei alles bei allen ausgeföhrt bis auf den einen Instinkt: zu vernichten, zu töten. Der Geist des Urmenschen, der nie ganz in uns ausgerottet wurde, hat sich riesenhaft emporgereckt zu nackter Wildheit. Er, auf den der Regenwärtmenschen von seiner prangenden Bildungshöhe mitleidig herabseh, feiert beispiellose Triumphe und tritt hohnlachend alle Kultur des zwanzigsten Jahrhunderts in den Staub — ausgerüstet mit all den gewaltigen Zerstörungsmitteln eben dieses Jahrhunderts.

Nächstend und aus zahllosen Wunden blutend, stürmt die europäische Mannheit, gemischt mit „Wilden“ aus anderen Erdteilen, gegeneinander an, schleudert Berge von Metall auf den verhassten Feind, macht Städte und Dörfer dem Erdboden gleich, mäht ganze Wälder ab, pflastert die Felder mit Erz und Eisen, zerreißt die fruchtbare Ebene in zertüftetes Land und häuft Gebirge von Leichen auf der verödeten Flur. Ihr Vernichtungswille gräbt heimliche, unterirdische Gänge, um den Gegner zu überraschen; er durchsucht die

Aus Politik und Volkswirtschaft

Friedensangebot der Zentralmächte.

Der Deutsche Reichstag ist am 12. Dezember plötzlich einberufen worden. Der Reichstanzler gab das Friedensangebot Deutschlands bekannt. Gleichzeitig ist den Vertretern der neutralen Schutzmächte (Vereinigte Staaten, Spanien, Schweiz) folgende Note zur Uebermittlung an die kriegsführenden Mächte überreicht:

„Der urchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wüßte seit bald 2½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Tiefe Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. Sie droht, den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 19. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen. Deutschland und seine Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampf ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unerschütterlich halten ihre Pläne den immer wiederholten Angriffen der Feinde ihre Feste stand. Der jüngste Aufbruch im Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden, die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zur Erwartung weiterer Erfolge berechtigt. Zur Verteidigung ihres Lebens und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Kugnesaken ihrer Feinde haben daran nichts geändert. Jetzt haben sie an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Beiträge von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgewungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsche befeuert, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier Verbündeten vor, sobald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu den Verhandlungen mitbringen und die darauf gerichtet sind, Leben, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens. Wenn trotz dieses Anerbietens zum Frieden und zur Veröhnung der Kampf fortbauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.“

Trotz aller gegenteiligen Bestimmen des Auslandes, sowie der amtlichen Abgabe des russischen Botschafters in den Neuhäuser Hofkrowsky vom 16. Dezember 1916, dem die Duma einstimmig (?) zustimmte, möchten wir die Hoffnung doch nicht aufgeben, daß endlich ein Ende gemacht wird mit der grauenhaften Verwüstung Europas und seiner Menschen. Jedenfalls hat die deutsche Regierung bewiesen, daß sie es ernst meint mit ihren Friedensbestrebungen. Deshalb war es auch durchaus notwendig, die Friedensbedingungen einer Konferenz aller freizubehaltenen Staaten vorzubehalten, da jede Formalisierung den feindlichen Staaten die Ablehnung nur erleichtert hätte.

denken Tiefen der Ozeane und beherrscht den Spiegel der Meere; er schickt frohlockend die Wunder der Schiffsbaukunst auf den Grund bergesteifer Gewässer und rattert hoch in den Lüften dahin, Kampf, Tod und Vernichtung bis in die Wolken tragend. . . .

Daheim aber, wo Millionen mit Sehnsucht das Ende dieses grauenhaften Dramas erharren, läuten die Weihnachts Glocken wieder ihre Märchenmelodie, und in den Domen der christlichen Länder verkündet man den trauer- und notgebeugten Völkern die alte beglückende Heilandslegende von der erlösenden Liebe. In der Regel freilich in dem Sinne, daß ihr Reich nicht von dieser, sondern von jener Welt sei.

„Soll denn,“ so schrieb schon vor dem Kriege ein berufener Interpret, „das weihnachtliche „Friede auf Erden“ eine Lachade aussprechen? Ist es nicht vielmehr eine Idee? Und liegt nicht die Größe einer Idee gerade in dem schneidenden Widerspruch zu der Wirklichkeit? Als ein erhabener Imperativ erklingt sie, unbekümmert darum, ob man sie tausendfach verhöhnt, mit Füßen getreten, zur Ironie gemacht hat. Nie wieder wird sie verstummen, nachdem sie einmal laut geworden, so wenig wie ein Stern erlischt, wenn ihn Wolken bedecken.“

Aber — ist's nicht merkwürdig? — wenige Zeilen weiter schreibt derselbe Autor, ein Pfarrer, dies: „Gar viele Gläubigen geben sich bekanntlich damit zufrieden, daß sie die Welt laufen lassen, wie sie nun einmal ist, allein um ihren persönlichen Herzensfrieden beloved. Von „Völkerverfrieden“ stehe in den heiligen Schriften nichts. O diese gottselige Selbstsucht, die nicht wagt, sittliche Folgerungen zu ziehen!“

Aus unserer Bewegung

Ghemmin. In unserer Mitgliederversammlung, welche am 7. Dezember in der „Hoffnung“ stattfand, mußte wegen Einberufung des künftigen Ratssitzes zum Militär ein neuer Hauptfahrender gewählt werden. Der Kollege Stephan wurde einstimmig gewählt und versprach, sein Bestes für den Verband zu leisten. Des Weiteren wurde von der Präsidialleitung sowie von den verschiedenen Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse Bericht über die letzte Feuerungszulage gegeben. Diese Zulagen betragen jetzt für Verheiratete mit Kindern monatlich 26 Mk., ohne Kinder 20 Mk., Ledige 12 Mk., früher wurden für Verheiratete mit Kindern 16 Mk., ohne Kinder 10 Mk., Ledige 6 Mk. gezahlt. Bei dieser Gelegenheit wurde hervorgehoben, daß diese Zulagen eine kleine Linderung gebracht hätten; aber bei weitem nicht das Decken, was die große Teuerung mit sich gebracht hat. Außerdem haben die Manufakturarbeiter noch 3 Pf. Stundenlohn erhalten. Die Frauen in den Gaswerken tragen darüber, daß 2 Pf. Stundenlohn für ihre Arbeitsleistung bei Wind und Wetter zu knapp bemessen sei. Die Frauen sind der Meinung, daß städtische Gaswerke mindestens 35 Pf. pro Stunde zahlen können. Es soll daher die Gauleitung beauftragt werden, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen. Auch wurde der unzureichende städtische Prädikat von Lebensmittelarten an die städtischen Arbeiter sehr bemängelt. Weil nun die Stadt für ihre Arbeiter keinen weiteren Lebensmittelpredikat leisten kann, sollen die Ghemminer Arbeiter wohl Lust bekommen, um die fehlende Nahrung zu decken?

Töbern i. S. Es ist allgemein bekannt, daß namentlich in den kleineren und mittleren Städten Sachsens die Löhne der Gemeindegewerbetätigen sehr viel zu wünschen übrig lassen. Waren schon die Grundlöhne in der Friedenszeit als sehr gering zu bezeichnen, wieviel mehr denn in der jetzigen Zeit unerbittlicher Teuerung. Feuerungszulagen sind meist nur sehr gering bewilligt worden, sie übersteigen im Durchschnitt kaum 15 Proz. der Grundlöhne. Die Wochenlöhne vieler städtischer Arbeiter erreichen kaum 18.—20. Mk., zum Teil bleiben sie noch erheblich darunter. Wie sich mit solchen Löhnen die Familien in jetziger Zeit durchschlagen sollen, dazu möchten wir die betreffenden Stadtverwaltungen recht dringend und herzlich um ein Messer bitten. In den Stadtgemeinden, in denen die desbesorglichen Verhältnisse besonders irrtümlich sind, gehört auch die Stadt Töbern. Darum nahmen die dortigen Gemeindegewerbetätigen in einer Anfangs November stattgefundenen Versammlung Stellung zur Lohnfrage. Sie beauftragten den Gauleiter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ein Gesuch an den Stadtrat und die Stadtverordnetenversammlung einzubringen und um Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. zu bitten. Das ist auch unterm 6. November er. geschehen. Diese wenig beachtete Forderung bedeutet, falls sie erfüllt wird, noch lange keine Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Arbeiter, sondern dadurch würde nur einigermaßen ein Ausgleich geschaffen werden, der im Winter infolge verkürzter Arbeitszeit geringeren Löhne. Diese Eingabe der Gauleitung hat einen merkwürdigen Erfolg gehabt. Sie war in der Stadtverordnetenversammlung am 1. Dezember d. J. „Gezant“ der Beratung“. Das ist eigentlich zuviel gesagt, beraten ist sie gar nicht worden, wenigstens nicht in der Stadtverordnetenversammlung. Es wurde einfach nur mit-

geteilt, daß der Finanzausschuß und der Stadtrat das Gesuch abgelehnt hätten. Trotzdem ist die Eingabe nicht erfolglos gewesen. Feuerungszulagen sind doch bewilligt worden, wenn auch nicht den Arbeitern, sondern den Beamten und Lehrern, wofür 17 400.— Mk. ausgeworfen wurden. Bei diesem Verfahren schon sehr merkwürdig, so sind es noch mehr die Ausführungen, die der Stadtverordnetenvorsteher Adler bei der Bekanntgabe der ablehnenden Haltung des Finanzausschusses und des Stadtrats gemacht hat. Nach uns zugegangener Mitteilung hat der Herr u. a. ausgeführt: „Die städtischen Beamten und Lehrer haben während der Kriegszeit die Arbeit für ihre zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen willig übernommen, sie verdienen daher Anerkennung und Berücksichtigung. Bei den Arbeitern hat man von einer solchen Bereitwilligkeit noch nichts bemerkt.“ Diese Ausführungen lassen einen recht großen Mangel an Sachkenntnis erkennen, und der Herr Stadtverordnetenvorsteher läßt wirklich gut, wenn er sich über Sachen, die er nicht kennt, unterrichten läßt, ehe er darüber spricht. Zu dieser Sachlage haben die städtischen Arbeiter in einer am 15. Dezember 1916 stattgefundenen Zusammenkunft Stellung genommen und beschlossen, sich mit der Abweisung ihrer berechtigten Forderung nicht zu begnügen. Sie haben eine nochmalige Eingabe an den Stadtrat gerichtet, worin sie ihr Bedauern über die ablehnende Haltung des Stadtrats und des Finanzausschusses sowie über die oben wiedergegebenen Ausführungen des Stadtverordnetenvorstehers zum Ausdruck bringen. Sie betonen nochmals in dieser Eingabe, daß sie außerstande sind, mit ihren Löhnen auszukommen, und drücken die Erwartung aus, daß die verlangte Feuerungszulage bewilligt wird. Wir werden nun sehen, ob diese Eingabe den gewünschten Erfolg haben wird, im anderen Falle behalten sich die Arbeiter weitere Schritte vor. Bemerkenswert sei noch, daß die Gauleitung auf ihre Eingabe bisher keine Antwort erhalten hat.

Landenberg a. M. Am 8. Dezember waren über 50 städtische Handwerker und Arbeiter wie Arbeiterinnen versammelt, um Stellung zu nehmen, was zu tun sei, damit auch hier endlich mal bessere Löhnerhältnisse geschaffen werden. Nach reiflichen Beratungen wurde beschlossen, dem Magistrat einen Antrag zu unterbreiten, wonach 20 Proz. Lohnerhöhung gefordert werden. Wie notwendig diese Lohnerhöhung ist, geht daraus hervor, daß in dieser Zeit der allgemeinen Teuerung noch Wochenlöhne unter 18 Mk. vorkommen. Selbst im Gaswerk werden noch Stundenlöhne von 31.—35 Pf. gezahlt. Das ist natürlich kein Wunder, sind doch die Beschäftigten zumeist nicht organisiert. Es scheint auch allmählich den Landberger Kollegen klar zu werden, daß es so nicht weitergehen kann. Nur eine starke Organisation kann Wandel schaffen. Stärkung der Organisation bedeutet Aufstieg zu günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Weißfen. (Kriegsteuerungszulagen). Unsere Eingabe an den hiesigen Stadtrat vom 7. September d. J., um Bewilligung von Feuerungszulagen an die städtischen Arbeiter hat nun endlich ihre Erledigung gefunden. Es hat aber erst einer nochmaligen dringenden Mahnung durch eine Eingabe vom 7. November d. J. bedurft, ehe dieses Resultat erzielt wurde. In der Eingabe vom 7. September d. J. haben wir gebeten, für jedes der Schule noch nicht erwachsene Kind eine Zulage von 3 Mk. wöchentlich zu gewähren. In der Eingabe vom 7. November d. J. haben wir zunächst an jene Eingabe erinnert, gleichzeitig aber mit Rück-

Die berufenen Vertreter aller Glaubensbekenntnisse — sie sind darin allzumal Sünder — haben vor der Geschichte eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Sie reden täglich vom Frieden und schaffen ihn nicht!

Nein, sie schaffen ihn nicht. Könnten's auch nicht, selbst wenn sie es wollten, da auch die größte, beste und einleuchtendste Idee an den harten Entwicklungstafeln der menschlichen Gesellschaft scheitern muß, wenn sie mit ihren Tendenzen in Widerspruch steht.

Der Papst ist, was die Herrschaft über Menschengemüter anlangt, gewiß ein mächtiger und einflussreicher Mann. Er schrieb schon vor etwa anderthalb Jahren: „Im heiligen Namen Gottes, unseres himmlischen Vaters und Herrn, um des gesegneten Blutes Jesu willen, welches der Preis der menschlichen Erlösung gewesen, beschwören wir euch, die ihr von der göttlichen Vorsehung zur Regierung der kriegführenden Nationen bestellt seid, diesem fürchterlichen Worden, das nunmehr seit einem Jahre Europa entehrt, endlich ein Ziel zu setzen. Es ist Bruderblut, das zu Lande und zur See vergossen wird.“

Nun, jenes fürchterliche Worden hat diese stehende Anrufung bereits anderthalb Jahre überdauert, und Länder, die damals noch im Frieden schaffen konnten, haben sich ebenfalls hineinreißen lassen in den wirbelnden Strom der blutigen Ereignisse. Nicht die fürchterlichen Erfahrungen der anderen Nationen, nicht die Beschwörungen einflussreicher Idealisten, nicht das gepriesene Wort vom „Frieden auf Erden“ waren stark genug, die Regierungen jener Länder von dem unheiligen Entschlusse abzuhalten, nun gleichfalls im wütenden, opfervollen Ringen mitzutun.

Die Lehre von der Liebe zum Nächsten wog wie ein Hauch. Schwer aber fiel der Haß in die Waagschale.

Ihn aufzupeitschen war das heiße Bemühen der Staatsmänner, die wohlfeile Lorbeeren zu ernten gedachten, Niederlagen erlitten und dann den Haß als Stütze für ihre verfehlte Politik gebrauchten. Was in diesem Punkte an den Seelen der Völker gesündigt worden ist, wird uns erst später ganz zum Bewußtsein kommen. Der Friedensschluß mag das fließende Blut stillen, aber er wird schwerlich zugleich die üppig emporgeschossene Saat des Hasses vernichten, die kurzfristige Geister am liebsten in alle Ewigkeit konservieren möchten.

Während also der Geist der Nächstenliebe, der im Weihnachtsfest gepriesen und gefeiert wird, noch immer vergebens darauf warten muß, auf das Verhältnis der verschiedenen Nationen zueinander angewendet zu werden, hat sich der Völkerrass zu einem politischen Moment ersten Ranges entwickelt, trotzdem er unseres Wissens in keiner Religion, keinem philosophischen System die Bedeutung einer erlösenden Macht hat. Wie das Unkraut im Garten so scheint auch das böse Prinzip im Leben eine höchst urwüchsige Eigenkraft zu besitzen. Es bedarf keiner Theorie, keiner logischen Schlüsse, die sein Dasein begründen, um wirksam zu werden und die realen Dinge dieser Welt zu beeinflussen.

Wir leben eben wieder einmal, was es mit den ethischen Verbürungen dieser brutalen Erdenwirklichkeit auf sich hat: sie gelten als Festtagskleid, den der gesittete Europäer zu seinen Festtagen anlegt, um ein gutes Bild im Spiegel zu machen. Alltags trägt man unbedenklich das Kleid des Hasses.

sicht auf die im Winter verkürzte Arbeitszeit um Bewilligung einer Lohnerhöhung gebeten. Beide Eingaben haben Erfolg gehabt. Die Stundenlöhne sind um 4 Pfennig erhöht worden und betragen nun 53 Pfennig. Einschließlich der schon früher erreichten Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pfennig beträgt dieselbe jetzt 9 Pfennig pro Arbeitsstunde. An Winterzulagen werden außerdem gewährt: Für 1 Kind 3 Mk. und für jedes weitere Kind 2 Mk., bis zum Höchstbetrage von 10 Mk. monatlich. Die erzielten Erfolge sind also schon recht erheblich und sollten den unorganisierten Kollegen Veranlassung geben, über den Wert der Organisation nachzudenken. Wenn sie das tun, werden sie zu der Überzeugung kommen müssen, daß es ihre Pflicht ist, sich unserem Verbands anzuschließen.

Bittau. (Kriegsteuerungs-Zulagen.) In Nr. 40 der „Gewerkschaft“ berichteten wir von hier, daß der Rat dieser Stadt es ablehnt, mit der Gauleitung unseres Verbandes über Lohnfragen der hiesigen Arbeiter zu verhandeln. Er ist der Ansicht, daß nur der örtliche hiesige Arbeiterausschuß berufen ist, die Wünsche der Stadt Arbeiter in entsprechender Abfassung vorzutragen. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß der Stadtrat die Wünsche der Arbeiter recht bald und in ausreichender Weise berücksichtigen würde, wenn ihm dieselben von den Arbeiterausschuß in „entsprechender Abfassung“ vorgetragen würden. Diese Hoffnung hat sich auch nur zum Teile erfüllt. Denn erstens hat es reichlich lange gedauert, bis die Wünsche der Arbeiter Gehör fanden und dann ist das jetzt Bewilligte auch noch lange nicht geeignet, einen Ausgleich gegenüber den teuren Lebensmitteln usw. zu schaffen. Wie wir erfahren, hat der Stadtrat beschloffen, rückwirkend vom 1. Oktober d. J. ab folgende Feuerungs-Zulagen zu bewilligen: Ledige und Kinder ohne Kinder erhalten 15 Proz. Beihilfe mit bis 2 Kindern 27 Proz. und mit mehr wie 2 Kindern 30 Proz. Zuschlag zu den Grundlöhnen. Es war auch hohe Zeit, daß etwas geschah, die Lage der Arbeiter etwas erträglicher zu gestalten, ihre Geduld in wahrhaftig auf eine sehr harte Probe gestellt worden. Dieses ist die erste Feuerungs-Zulage, die den Kollegen, die beim Tiefbauamt beschäftigt sind, bewilligt worden ist. Ihre Stundenlöhne betragen bis jetzt nur 30 Pfennig bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit! Wenn sie einen Wochenlohn von 18 Mk. erreichen sollten, müßten sie schon Akkordarbeit haben, sonst blieben sie noch erheblich darunter, namentlich jetzt im Winter bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit. Es ist fast unglücklich, daß Arbeitern zugemutet wird, mit solchen Löhnen in jetziger Zeit sich und ihre Familien zu erhalten und dabei auch noch möglichst viele und schwere Arbeit zu leisten. Aber stand an diesen Verhältnissen ist nicht der Stadtrat allein, sondern auch die geradezu strafliche Laubert und Interesselosigkeit der Kollegen selbst. Nur wenn sie sich endlich aus ihrer Lethargie aufrufen, werden sie ihre Lage wesentlich verbessern können. Unsere Kollegen und auch die Unorganisierten mögen aber mal über folgendes nachdenken: Wenn man schon jetzt während des Krieges, wo doch immerhin noch Rücksicht auf die Stimmung in Arbeiterkreisen angenommen werden muß, so mit ihnen verfährt, wie wird es ihnen dann erst ergehen, wenn nach dem Kriege die Gründe zu solcher Rücksichtnahme in Wegfall gekommen sind? — Wenn die Kollegen hierüber ernstlich nachdenken, werden sie auch wissen, was sie zu tun haben.

Jedermann weiß, was in diesem Kriege an Gift verspritzt, was an Lügen, Verleumdungen, Schmähungen produziert worden ist: Erzeugnisse eines blöden Hasses, nur von dem einen Willen bewegt: den Gegner herabzusetzen.

In den Blättern der Arbeiterschaft ist oft gesagt worden: es sind nicht die Völker, die einander hassen. Das ist richtig, wenn man an die sozialistisch geschulten Arbeiter denkt, und es schließt auch darüber hinaus noch weitere Kreise ein. Aber ein Volk ist ein sehr vielköpfiges Wesen, und überall bildet gerade der geistig indifferente Teil der Bevölkerung den fruchtbarsten Nährboden für die Bazillen des Hasses. Der im gewöhnlichen Leben gleichgültige Mensch legt eben, wenn bewegte Zeiten kommen, darum doch seine Kurzschichtigkeit nicht ab. Gewisse Helten der Feder und andere Leute, die ein Interesse an der Völkerverhetzung haben, bestärken ihn in jener Gemütsverfassung, wie denn überhaupt manche Journalisten in ihrem Federhalter mehr Haß tragen als der Soldat in seinem Schwert.

Der „Avanti“, das tapfere italienische Sozialistenblatt, schrieb kürzlich: „Die Kämpfenden sind großmütig; die Drückeberger, die Heimtreyer, sind erbarmungslos, wild, unversöhnlich. . .“ Er wies darauf hin, daß der fanatische Völkerhaß ein künstliches Erzeugnis des Krieges sei (was dahin eingeschränkt werden muß, daß er in einem gewissen Umfange auch im Frieden existierte), und meinte weiter: „Die Menschen, die von dem Milieu der Beseffenheit (d. h. ihrer politischen Umgebung) in das der Wirklichkeit, des Krieges im Kriege, versetzt sind, fühlen allmählich die Krusten des Grotesques austrodnen und abfallen.“ In ihnen wird erzeugt „das Gefühl des

Rundschau

Unser Weihnachtsfest. Wieder läuten die Glocken wie alljährlich zu dieser Zeit das Fest der Liebe ein, und zum dritten Male läuten sie uns nun schon an ein Kriegs-fest der Liebe. Welch ein Widerspruch: Krieg und Liebe, und dennoch mag es niemand von uns missen, das Liebesfest, dennoch ist in diesen Tagen Millionen von Menschen das Herz mit heiligen Gefühlen erfüllt. Wahrlich, wenn der Krieg das Natürliche wäre, das ewig Notwendige, wir würden von einem Feste der Liebe jetzt nichts wissen wollen, wir würden nur feiern den Krieg. Aber zu hoch ist die Natur bereits in der Entwicklung gestiegen, zu tief ist bereits entwickelt das Menschenherz, als daß es die tieferen Gefühle so ganz vernichten könnte. Wenn auch noch so sehr die Waffen kirren und der Mensch sonst vielleicht auch noch so sehr sich niederen, egoistischen Trieben hingibt, am Weihnachtsfeste ist selbst des rohesten Menschen Brust von einem reineren, edleren Empfinden erfüllt. Und das mag er nicht missen, auch nicht im Kriege, das ist, wenn auch bei Tausenden nur im Schein, so immerhin doch bei allen wenigstens ein Stückchen ihrer urchigsten Natur. Diese Existenz eines tieferen Menschheitsgefühls, wie sie am Weihnachtsfeste zum Ausdruck kommt, beweist uns, daß die Menschheit für ein edleres Menschheitsleben reif ist. Diese Harmonie der Seele ist aber nur möglich, wenn auch im wirtschaftlichen Leben Harmonie besteht, wenn auch im praktischen Zusammenleben nichts anderes möglich ist als ein reiner Menschengeist. Unser geistiger Kampf ist darum erforderlich, um den Geist im Menschheitsleben herrschen zu lassen, den der Mensch heute am Weihnachtsfeste abut, und das Weihnachtsfest ist somit ein Fest der sittlichen Idee unseres Kampfes. Es ist ein Fest des Menschens einer neuen Sittlichkeit. Es kann nicht so bleiben, wie es heute ist, so gefühllos, so roh, so brutal. Es muß einmal, durch unseren Kampf, kommen eine neue Welt, die jedem einzelnen überall, bei der Arbeit und dabei, das heilige, erbauende, stille Gefühl des Herzens bietet, das der Mensch heute am Weihnachtsfeste abut. In diesem Sinne können wir auch im wilden Toben des grauenhaken Krieges das Weihnachtsfest feiern. Wenn es uns auch noch so schwer ums Herz ist, und wenn die Lieben auch noch so fern oder gar vom grünen Meere bedeckt, der tiefe sittliche Ernst, der diesen Tagen seine Wärme gibt, ist uns ein Beweiser zur neuen sittlichen Ordnungswelt. Nicht Überflächlichkeit und Selbstsucht, sondern Lebensernst und Menschenliebe. Und das will unser Kampf. In seiner tiefsten Bedeutung ist darum unser das Weihnachtsfest.

Der Ost. Tagelang habe ich nur Erde gesehen und ein Stückchen grauen Himmels darüber. Starend von Edmuß war ich mir selbst wie ein Stück wandelnder Erde gleich allen Kameraden. Die Erde hat uns ihr Kleid geliehen, als wollte sie uns schon für immer behalten. Es braucht auch bloß noch einer zu kommen und die Kammer von oben zuzustücken. . . Ein weißes Zeitungsgelb flattert durch den Graben von Sand zu Sand. Das kommt wie ein Gast im sauberen Feiertagskleid in unser schmuckes Grau. Und

ungeheuer tragisches Mißverhältnisses zwischen den Ursachen und Zielen eines Krieges und der Summe von Furchtbarkeit, die er Tag um Tag anhäuft.“

Man darf annehmen, daß auch der Haß der Heimkrieger in allen Ländern eine starke Dämpfung durch die zeitliche Ausdehnung des Krieges, durch seine immer fühlbarer werdenden Wirkungen erfährt und allmählich die Erkenntnis tagt, daß Haß und Feindseligkeit nicht dauernd die Nationen trennen und vernichten dürfen.

Die große Weihnachtsliebe des Christentums ist ein Traum geblieben und wird sich erst der Wirklichkeit nähern, wenn das, was in den Bestrebungen der Arbeiterinternationale zu Licht und Leben rang, von neuem aufersteht und die Völker ihr gemeinsames Interesse an einem haßlosen Nebeneinanderleben erkennen läßt.

Eines Tages muß doch auch die jetzt in Europa geknechtete Vernunft wieder zu Ehren kommen, und dann wird es zunächst ein gut Stück Arbeit sein, den fortglimmenden Haß zu löschen und die Bahn für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten an hohen Zielen freizumachen.

Die Ideale der Arbeiterschaft unterscheiden sich von dem religiös-melancholischen eben dadurch, daß sie keine Idee bleiben, sondern Wirklichkeit werden wollen; sie sind uns — um mit dem zuerst angeführten Zitat zu reden — ein erhabener Imperativ, der nie wieder verstummen wird, so wenig wie ein Stern erlischt, wenn ihn Wolken bedecken. . .

ich lese von Theatern und Konzerten, von Märkten und Kriegsbesetzungen, von Freuden und Feinden, von Hochzeiten und Begräbnissen, Leben und Sterben, Kommen und Scheiden . . . wie von einer verlorenen Welt. . . Diese Welt liegt weit hinter uns auf den Höhen des Lebens. Der Weg dorthin ist weit aus diesen Niederungen. Hier gibt es keine Höhen mehr, keine Türme und Paläste. . . Wir flüchten uns immer tiefer in die Erde hinein, die der Tod weitenweit dem Leben entzieht. Aber in mancher Stunde zieht unsere Seele auf stiller Wallfahrt aus den Niederungen zu den sonnigen Höhen des Lebens hinan. Dann wird der Himmel über uns blau und licht, und die Verdien freigen emporkommen und singen demat! Dann tut sich der Himmel über uns auf, und die kleinen Bergspitzen rücken die Jatzweise herab und singen alle: Heimat! — — — Und meine Seele ruft es ihnen nach in den Himmel hinein: Heimat! . . . Heimat! . . .

Armierungssoldat E. Koeslin.

Die Gesellschaft für soziale Reform. Die unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Verlepich über 200 sozialpolitische Berufsorganisationen und gemeinnützige Vereine neben zahlreichen Einzelmitgliedern vereinigt, hat in ihrer Ausschussung am 7. Dezember 1916 vor allem die Neuordnung des Koalitionsrechts, die Frage der sozialpolitischen Demobilisierung beim Kriegsausbruch und die künftigen Aufgaben der Sozialpolitik beraten. Die Gesellschaft wird über das Recht der Organisationen im neuen Deutschland vier kleine Schriften an der Hand der Vorarbeiten ihres Studienausschusses herausgeben und außerdem eine Veröffentlichung über die Schmarbeit im Kriege zusammen mit dem Verbandstag der Gewerks- und Kaufmannsgerichte veranstalten. Im Frühjahr 1917 wird die Gesellschaft auf ihrer Hauptversammlung die Aufgaben der Sozialpolitik nach dem Kriege auf Grund der Kriegserfahrungen erörtern. Ferner hat die Gesellschaft auf ihrer Ausschussung zum Geleit über den vaterländischen Hilfsdienst Stellung genommen und erklärt: „Die Gesellschaft für soziale Reform begrüßt die Organisation des vaterländischen Hilfsdienstes, der alle im Reich nach verfügbaren Kräfte ohne Unterschied von Stand und Person zu einer neuen großen und, wie wir vertrauen, endgültig den Sieg entscheidenden Nachspannung aufruft. Sie spricht zugleich die Hebergung aus, daß die in das Geleit aufgenommenen Zehnergruppen der Lohn- und Rechtsverhältnisse durch gleichberechtigtes Zusammenwirken der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter sowie ihre Berufsorganisationen in Betrieben und Einigungsstellen die friedliche Verständigung zwischen den Parteien des Arbeitsvertrages wesentlich fördern und den Gemeinheitsdienst von Kapital, Unternehmungsgeist und Arbeit zum Reiten der vaterländischen Kriegführung besonders erfolgreich gestalten werden.“

Deutscher Rebe vor den deutschen Gewerkschaften. Nachfolgend geben wir den Hauptteil der Rede Deutscher auf dem Gewerkschafts-Kongress vom 12. Dezember 1916 wieder: „Namens der Reichsleitung habe ich die Ehre und die Freude, Sie zu begrüßen und der Arbeit, zu der Sie sich hier verammelt haben, den besten Erfolg zu wünschen. Der Reichsleiter bedauert aufrichtig, nicht persönlich kommen zu können. Er hat mich beauftragt, Ihnen seine Grüns und Wünsche zu übermitteln. Ihre Vertammlung gilt der Wiedereinrichtung der deutschen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen an der Durchführung des Geleites über den vaterländischen Hilfsdienst. Diese Ihre Wirkung heiße ich namens der Reichsleitung aufs herzlichste willkommen. Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt. Der Deutsche mußer und seine Regierung haben alles getan, um den Krieg zu vermeiden. Auch auf der Sonnenhöhe unserer Waffensiege haben wir uns bereit gezeigt, die Hand zu bieten zu einem Friedensschlag, der dem Deutschen Reich seine Stellung unter den Nationen, dem deutschen Volk freies Feld für seine friedliche Arbeit sichert. Sie kennen die Antwort. Wieser hoffen unsere Gegner, daß wir mit unserer Kraft am Ende seien; Paloren und der Hilfsdienst werden sie eines Besseren belehren. Der vaterländische Hilfsdienst wird nur dann das Schlüsselschloß von Befahrung haben, wenn wir die überzeugte und freundliche Mitwirkung des Volkes in allen seinen Schichten und Massen gewinnen. Von der ersten Stunde dieses Tafelkampfes an haben sich die Organisationen der Arbeiter und Angestellten mit allen ihren Kräften in die Fronte des bedrohten Vaterlandes gestellt. Mit der gleichen Bereitwilligkeit sind sie auch diesmal dem Aufse gefolgt. Nun auf es, dem toten Buchstaben des Geleites Leben einzubringen. Die vom Geleit verkündete Pflicht bleibt leerer Schall, wenn sie nicht im Bewußtsein und Gemühen jedes einzelnen geschrieben steht. So, meine Herren, können und werden Ihren Einsatz auf Arbeiter und Angestellte in den Front der vaterländischen Volkswirtschaft stellen. Ihre Hilfe und Mitarbeit ist uns die Gewähr des Erfolges. Der Krieg hat uns dazu erzogen, innere Gequats und Zwangigkeiten zurückzulassen, um mit der vollen Kraft der

Einigkeit dem Vaterland in schwerer Zeit dienen zu können. Das Hilfsdienstgesetz führt uns weiter auf diesem Wege. In den Organen, die das Geleit vorzieht, werden die Vertreter der Arbeitnehmer zusammen mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Behörden die Arbeit der Durchführung zu verrichten haben. Diese Gemeinschaft der Arbeit wird das gegenseitige Verständnis für die Anschauungen, Wünsche und Bedürfnisse des anderen Teilens werden und damit dem gegenseitigen Vertrauen die Wege ebnet. Der Gewinn, der aus der Einheit der Pflicht und der Einheit der Arbeit entspringt, darf uns nicht wieder verlorengehen. Dieselbe Kraft, die uns Sieg und Frieden bringen muß, dieselbe Kraft soll uns im Frieden helfen, die Wunden des Krieges zu heilen, aus den Trümmern wieder aufzubauen und die unzerstörbaren sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes einem neuen Aufstieg zuzuführen.“

Die neue Verordnung über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln. Der Bundesrat hat folgende Verordnung erlassen: Jede Art von Lichtreklame ist verboten. Als Lichtreklame gilt auch die Erleuchtung der Aufschriften von Namen, Firmenbezeichnungen usw. an Läden, Geschäftshäusern, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafes, Theatern, Lichtspielhäusern wie überhaupt an sämtlichen Vergnügungstätten. Alle offenen Verkaufsstellen sind um 7. Sonnabends um 8 Uhr abends zu schließen. Ausgenommen sind nur Apotheken und Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als der Haupterwerbszweig betrieben wird. Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafes, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden sowie öffentliche Vergnügungstätten aller Art sind um 10 Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden. Die Landeszentralbehörden und die von ihnen beauftragten Behörden werden ermächtigt, für bestimmte Bezirke oder Betriebe und in Einzelfällen eine spätere Schließung, jedoch nicht über 11 1/2 Uhr abends zu gestatten. Die Beleuchtung der Schaufenster, der Läden und der sonstigen zum Verkauf an das Publikum bestimmten Räume ist auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken. Das gleiche gilt für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafes, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden sowie für öffentliche Vergnügungstätten aller Art. Die Polizeibehörden sind berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Die Außendeckung von Schaufenstern und von Gebäuden zu gewerblichen Zwecken ist verboten. Ausnahmen können von den Polizeibehörden zugelassen werden. Die Bestimmung in Abs. 1 Satz 1 hat hierbei Anwendung zu finden. Die Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze ist bis auf das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendige Maß einzuschränken. Die Polizeibehörden sind berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Die elektrischen Straßenbahnen und Straßenbahnähnlichen Kleinbahnen haben ihren Betrieb soweit einzuschränken, wie es sich irgend mit den Verkehrsverhältnissen vereinbaren läßt. Die Aufsichtsbehörden können die entsprechenden Anordnungen treffen. Die dauernde Beleuchtung der gemeinsamen Hausflure und Treppen in Wohngebäuden ist nach 9 Uhr abends verboten. Die zuständigen Polizeibehörden sind berechtigt, Ausnahmen zu gestatten. Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3, 4, Abs. 2 Satz 1, § 7 oder den auf Grund der §§ 4 Abs. 1, 5, 6 getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder Haft oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1916, die Vorschrift im § 2 jedoch mit dem 1. Januar 1917 in Kraft. Der Reichsleiter bestimmt den Tag ihres Außerkrafttretens.

Der schreckliche Krieg. Ein Berliner Blatt hat eine Umfrage über die Einwirkungen der Hilfsdienstpflicht auf Handel und Wandel veranstaltet und dabei von einem Vertreter eines großen Spezialgeschäfts für Damenluxusartikel folgende Beilage veröffentlicht: „Auch ich bin der Ansicht, daß jede Neuerung lähmend auf das Geschäft wirkt. Die Schwierigkeiten in unserem Betriebe, wo es sich hauptsächlich um Damenluxusartikel handelt, wie seidene Kleider, seidene Unterwäsche, seidene Kostüme usw., sind an und für sich schon durch die Bezugspreise so groß geworden, daß sie eine Nebenleistung nicht mehr betragen. Wir ist heute der Fall vorgetommen, daß eine Dame, die ein Kostüm für 700 Mk. kaufen wollte, deshalb keinen Bezugschein erhält, weil sie gut gekleidet auf der Kommission erschien. Die Dame der Gesellschaft, die ein Kleid für 1200 Mk. kauft, braucht dieses ebenso notwendig wie die Arbeiterin eines für 20 Mk. Wo soll die Grenze zwischen Luxus und Bedürfnis gezogen werden und wen will man uns wegnehmen? Glaubt man wirklich, daß eine Dircktrize, die bisher in der Modenabteilung Seidenkleider verkauft hat, ebenso gut Granaten drehen wird? . . . Auf jeden Fall sehe ich die Situation sehr schwarz an. Die Konsequenzen des neuen Geleites sind gar nicht auszubedenken.“ Diese Dame der Gesellschaft, die in dieser Zeit ein Kleid für 1200 Mk. ebenso notwendig braucht wie die Arbeiterin eines für 20 Mk. Diese Dame halten wir für eine wirkliche Vertreterin des Geleites großer Schichten des Hinterlandes. . .

Friede!

Ich möchte eine Glocke sein
mit großem Ton und lautem Schlag
und in das schwarze Land hinein
verkünden einen neuen Tag,
aus dem der Menschheit Friede quillt,
den keiner zitternd flucht und flieht,
und betend auf dem Eisenschild
der allerletzte Kriegsmann kniet.
O, daß er kommen wird und muß --
ich sehe, wie es sich schon hellet.
Es wird ein ungeheurer Fluß
der Liebe strömen durch die Welt.
O, daß ich dann ein Schiffsmann wär',
dem Sehnsucht keine Segel zwingt,
ich würde fahren hin und her,
bis mich der große Strom verschlingt.

Alfons Fehold.

Eingegangene Schriften und Bücher

Zeitgemäße Warnung an die Kriegshinterbliebenen. Das Kriegsministerium teilt mit: Die bei den militärischen Dienststellen eingehenden Gesuche von Angehörigen gefallener Kriegsteilnehmer lassen erkennen, daß die Hinterbliebenen sich bei Abfassung der Eingaben vielfach fremder Hilfe bedienen. Soweit diese Hilfe in ungenügender Weise geleistet wird, ist sie dankend anzuerkennen. Die Kriegswitwen müssen aber dringend vor sogenannten „Hinterbliebenen“ und ähnlichen Personen gewarnt werden. Solche Leute drängen sich an sie heran und verlassen für sie oft Gesuche, von denen Zwecklosigkeit sie wohl selbst in vielen Fällen von vornherein überzeugt sind. Ihnen ist es meist nur darum zu tun, Einnahmen für sich zu erzielen, nicht aber den Witwen zu helfen. Häufig erweisen sie auch Hoffnungen, durch deren Nichterfüllung die Witwen dann bitter enttäuscht sind.“ Das Kriegsministerium verweist dann an die Beratungs- und Fürsorge, sowie an die gemeinnützigen Rechtsanwaltsstellen. So schön und segensreich diese empfehlenswerten Einrichtungen wirken, es ist immerhin ein erheblicher Zeitaufwand und mancher Umstand mit ihrer Benutzung verbunden. Wer sicher und zuverlässig beraten werden will schaffe sich den soeben in 3. Auflage erschienenen „Ratgeber“ von W. Zeißert, Rechnungsrat im Reichs-Justizamt (Zitunungs-Verlag Potsdam, 50 Pf.) an, der in Frage und Antwort geschrieben ist und in leicht verständlicher Form zuverlässige Auskunft über alles gibt, was die Hinterbliebenen wissen müssen. Er ist bis auf den neuesten Stand fortgeführt, enthält auch das kürzlich veröffentlichte Gesetz über die Kapitalabfindung, sowie eine Darstellung aller Ansprüche aus der Sozialversicherung. Formulare zu Anträgen sind für alle Fälle vorgesehen.

Literarischer Jahresbericht des Türerbundes. Zweiter Kriegsratgeber 1916-17. Verlag Georg F. H. Callwey, München. 1,50 Mk.) Zeinem bekannten Kriegsratgeber von 1915 läßt der Türerbund nun als zweiten Kriegsratgeber einen literarischen Jahresbericht folgen. Er enthält genaue und zuverlässige Besprechungen der wichtigeren neuen Kriegsliteratur auf allen Gebieten (Geschichte, Politik, Völker und Länder der Erde, Weltwirtschaft, Völkerrecht, Bolschewik, Deutschlands Entwicklung während des Krieges, Kriegskritik, Kriegshilfsleistungen). Ein zweiter Teil des reichhaltigen Werkes bringt in der Art der vom Türerbund bekannten Jahresberichte des Türerbundes einzelne Abhandlungen über die wichtigsten Bücher, welche seit 1913 erschienen; hier sind folgende Gebiete hauptsächlich berücksichtigt: Philosophie, Pädagogik, Soziologie, Bevölkerungsgeschichte und Geburtenrückgang, Naturwissenschaften, Aufsatzsammlungen, Geschichte, Literaturwissenschaft, Kunst- und Musikwissenschaft, Schöne Literatur, Jugendchriften, Bücher für Feldpost. Eine größere Zahl von Gelehrten und Fachschriftstellern hat für diesen Bericht an 2000 Bücher durchgearbeitet und in voller Unabhängigkeit ausgewählt und besprochen, von denen an 1400 Bücher aufgenommen worden sind. Da von der Kriegsliteratur auch die älteren Bücher und Zeitschriften angegeben wurden, stellt der Jahresbericht ein nahezu vollständiges, mit kritischer Sachkunde gewähltes Verzeichnis des gesamten Kriegskritikums dar. Je höher die Acht auf dem Buchmarkt answirbelt, je weniger der Käufer Zeit zur vorherigen Vertiefung findet und je mehr er auf unparteiischen Rat angewiesen ist, um so nachdruckvoller sei er hingewiesen auf diesen Ratgeber, dessen Bedeutung für das Bücher kaufende Deutschland seit Jahren anerkannt ist und weit über die Reichsweite hinaus gelten wird. Besonders auch für Feldbibliotheken, Gefangenen- und Volksbibliotheken, von denen die Ratgeberunternehmungen des Türerbundes schon seit langem häufig benutzt werden, ist der neue Band unentbehrlich.

Soeben ist erschienen:

Notiz-Kalender

für Gemeinde- und Staatsarbeiter

1917

Preis 1 Mark, für Mitglieder 60 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Geleitet vom Verbandsvorsitzenden Richard Heckmann — Die Kriegsarbeit des Verbandes — Tabellen über Kriegshilfen und Teuerungszulagen — Arbeiterversicherung und Krieg usw.

Bestellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der Filialen bewirkt werden. Einzelmitglieder können den Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, beziehen. Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenzeitung. Herausgeber: Farnus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin ZSB. 68). Das eben erschienene Heft 38 enthält u. a. folgende Artikel: * „Kampfkraftlos und friedensbereit!“, Dr. Paul Leisch, M. d. R.; „Kriegsgötterdämmerung“, Wilhelm Janssen; Die Umbenennung der organisierten Arbeiter. Heinrich Gurow; Neue Zeitschriften von Marx und Engels. Josef Müller; Noch etwas von den Soldatenblatern. J. Meerfeld; Sie haben ihr sind gerettet! Ostosen. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Totenliste des Verbandes.

<p>W. Bock, Burg b. Magdeburg Straßenarbeiter † 7. 12. 1916, 65 Jahre alt.</p> <p>Otto Götzher, Essen Schmiedemeister am Stadttheater † 16. 12. 1916, 73 Jahre alt.</p> <p>Heinrich Helm, Eisenach Austher am Stadtbauhof † 14. 12. 1916, 50 Jahre alt.</p> <p>Georg Kornrumpf, Hamburg Baudeputation † 12. 12. 1916, 58 Jahre alt.</p> <p>Gruno Kühn, Zwickau Pensionär † 27. 11. 1916, 52 Jahre alt.</p>	<p>Karl Mai, Berlin Parlarbeiter † 12. 12. 1916, 70 Jahre alt.</p> <p>Max Obermeier, München Mechaniker † 14. 12. 1916, 65 Jahre alt.</p> <p>Jakob Schmidinger, Freising Arbeiter † 12. 12. 1916, 51 Jahre alt.</p> <p>Wilhelm Siepert, Berlin Gasarbeiter † 14. 12. 1916, 52 Jahre alt.</p> <p>Richard Wölfel, Magdeburg Revisionswärter † 5. 12. 1916, 62 Jahre alt.</p>
---	---



Opfer des Weltkrieges:

<p>Paul Arnold, Freiberg am 23. Juli 1916 im Alter von 22 Jahren gefallen.</p> <p>Paul Engelland, Hamburg am 18. November 1916 gefallen.</p> <p>Alfons Heinze, Breslau am 31. Oktober 1916 im Alter von 32 Jahren gefallen.</p> <p>H. Kahl, Hamburg-Moorfleet am 22. September 1916 gefallen.</p>	<p>Josef Lersch, Breslau am 3. November 1916 i. Alter von 36 Jahren i. Lazarett gestorben.</p> <p>H. Wortemann, Linden Hann. am 16. Februar 1915 im Alter von 30 Jahren gefallen.</p> <p>Emanuel Ramm, Breslau am 8. September 1916 im Alter von 34 Jahren gefallen.</p> <p>Ernst Simon, Neukölln am 31. Oktober 1916 im Alter von 33 Jahren gefallen.</p>
---	--

Ehre ihrem Andenken!